

Kommentar Wirtschaftspolitik
2015/23 | 7. Juli 2015

„Grexit“? Tage der Entscheidung für die Eurozone

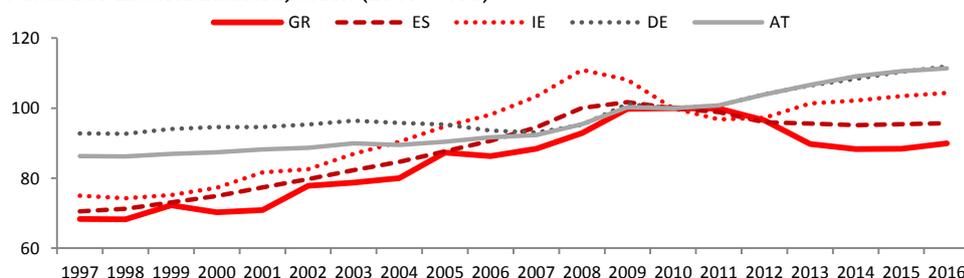
Mit dem „Nein“ zu den Spar- und Reformvorschlägen der Gläubiger hat die seit Jahren andauernde griechische Schuldenkrise am Wochenende ihren Höhepunkt erreicht. Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone ist seit Sonntag so wahrscheinlich wie nie zuvor. Aus wirtschaftlicher Sicht wäre ein Austritt Griechenlands für die Eurozone zu verkraften, die Auswirkungen auf Österreich sind überschaubar. Schwieriger einzuschätzen sind die politischen Nachwirkungen in der EU und der Eurozone. An der Situation in Griechenland ändert das Referendum wenig: Reformen werden jedenfalls notwendig sein, unabhängig davon, ob Griechenland in der Eurozone bleibt oder nicht.

Seit Griechenland am 1. Juli die vereinbarte Kreditrückzahlung in Höhe von 1,6 Mrd. EUR an den IWF nicht geleistet hat, ist das Land de facto zahlungsunfähig. Mit 30. Juni ist das zweite EU-Hilfsprogramm ausgelaufen, da sich Griechenland und die Gläubiger nicht auf die Konditionen einer Verlängerung einigen konnten. Die EZB hat bereits am 28. Juni beschlossen, aufgrund der aktuellen Situation die Notfallhilfen (ELA - Emergency Liquidity Assistance) für griechische Banken nicht weiter zu erhöhen. Durch die massiven Geldabhebungen der letzten Wochen und Monate stehen Griechenlands Banken vor einem akuten Liquiditätsproblem und bleiben deshalb geschlossen. Abgeschnitten von der EZB droht der Finanzkreislauf in Griechenland völlig zum Erliegen zu kommen. Die griechische Regierung wäre gezwungen, eine Parallelwährung einzuführen, der Austritt aus der Eurozone wäre damit wohl eingeleitet.

Die Wurzel des Problems: Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit

Die strukturellen Probleme Griechenlands haben sich bereits Jahre vor der Krise abgezeichnet und würden sich bei einem Austritt aus der Eurozone nicht von selbst lösen. Die Anpassung der Lohnstückkosten hat zwar bereits begonnen. Durch eine eigene Währung, die nur rund die Hälfte wert sein würde, könnte Griechenland zusätzlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Um dadurch einen wesentlichen Wachstumsschub zu erhalten müsste Griechenland aber erst eine wettbewerbsfähige Exportwirtschaft aufbauen. Griechenland hat eine Exportquote von 33 % (Vgl. Österreich 53 %), rund die Hälfte davon entfällt auf den Tourismus. Die Handelsbilanz des Landes liegt stark im Minus, die negativen Effekte einer Abwertung (Inflation, Verdoppelung der Schulden) würden in jedem Fall für lange Zeit überwiegen und besonders die unteren Einkommenschichten treffen.

Nominelle Lohnstückkosten, Index (2010 = 100)



Quelle: Europäische Kommission

Eine Finanzierung über die Finanzmärkte wäre für Griechenland unmöglich. Es würde sich also wenig im Vergleich zur derzeitigen Situation ändern, denn egal von welcher Seite Griechenland finanzielle Hilfe bekommen wird, sie wird nicht ohne Konditionen gewährt werden.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. (FH) Katja Senger
+43 (0)5 90 900-4401
katja.senger@wko.at

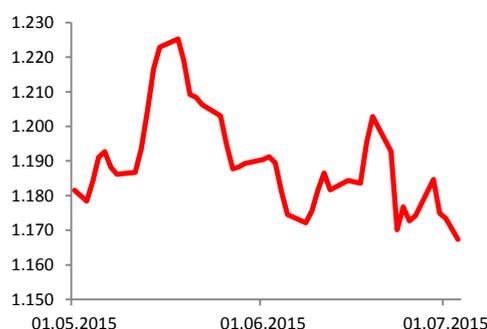
Panik an den Märkten bleibt aus

Die griechische Wirtschaftsleistung macht lediglich rund 1,2 % des EU-Bruttoinlandsprodukts aus. Die wirtschaftlichen Kosten eines „Grexit“ werden mit 300 bis 400 Mrd. Euro geschätzt, das entspricht rund 2 bis 3 % der Wirtschaftsleistung der EU (bzw. 3 bis 4 % der Eurozone). Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone scheint damit in wirtschaftlicher Hinsicht für Europa verkraftbar. Ansteckungsgefahr auf andere Länder und eine Kettenreaktion wie 2010 wird derzeit zwar nicht befürchtet, wengleich die Finanzierungskosten für die südlichen Mitgliedsstaaten (ES, PT, IT) durch die Krise in Griechenland leicht gestiegen sind. Die Finanzmärkte reagierten verhältnismäßig schwach auf das Ergebnis des Referendums am Wochenende, der Euro verlor leicht, ein Anstieg des Goldpreises blieb aus. Der Eurostoxx 50 gab zwar nach, von einem Crash kann aber keine Rede sein. Ein möglicher Austritt Griechenlands aus der Eurozone scheint bereits eingepreist zu sein.

Wechselkurs EUR/USD



Goldpreis in USD pro Unze



Auswirkungen auf Österreich überschaubar

Österreich hat Griechenland einen bilateralen Kredit in Höhe von 1,6 Mrd. EUR gewährt, der bisherige Zinsdienst über 100 Mio. EUR wurde vereinbarungsgemäß bezahlt. Zusätzlich haftet Österreich anteilig mit rund 4,3 Mrd. EUR über den Europäischen Rettungsschirm (EFSF) - dieser Betrag wird allerdings nur schlagend, sollte der Fonds insolvent werden. Diese Gefahr besteht derzeit nicht. Als Exportmarkt für heimische Unternehmen liegt Griechenland mit einem jährlichen Exportvolumen von rund 412 Mio. EUR (2014) nur auf Rang 41. Österreich exportiert vor allem Maschinen, Papier, Pharmazeutika und Energy Drinks nach Griechenland.

Die politische Zukunft der Eurozone am Scheideweg

Ob die griechische Bevölkerung wusste, worüber im Detail sie abstimmte, sei dahingestellt. Fest steht, dass linksextreme wie rechtsextreme Parteien in Europa das griechische Referendum als Sieg gegen die EU feiern. Das alleine gibt Grund zur Sorge. Gleichzeitig wird ein Schuldenerlass bzw. ein neues Hilfsprogramm ohne Reformzusagen durch Griechenland der Bevölkerung der Gläubigerländer kaum zu erklären sein. Vor allem aber wäre es eine Ohrfeige für jene Länder (ES, PT, IE) die nach harten Reformen zuletzt wieder stärker wachsen. Geben die Gläubiger nach, verliert die Eurozone ihre Glaubwürdigkeit. Tritt Griechenland aus dem Euro aus, ist die Unumkehrbarkeit der Gemeinschaftswährung nicht mehr gegeben.

Die Situation in Griechenland zeigt deutlich: Krisenursachen bauen sich über Jahrzehnte auf und Reformen können nicht umgangen werden. Je länger die notwendigen strukturellen Anpassungen in die Zukunft verschoben werden, desto schwieriger ist deren Umsetzung für die politischen Entscheidungsträger und desto schmerzhafter sind die Konsequenzen für die Betroffenen in der Bevölkerung. Die Reformunwilligkeit mit zusätzlichen Schulden zu erkaufen schränkt den Handlungsspielraum weiter ein und führt nur noch tiefer in die Sackgasse. Denn Griechenland wird um die jahrelang versäumten Reformen nicht umhin kommen, egal ob das Land in der Eurozone bleibt oder nicht.

Wirtschaftskammer Österreich
 Vertretungsbefugtes Organ:
 Präsident Dr. Christoph Leitl
 Tätigkeitsbereich: Information,
 Beratung und Unterstützung der
 Mitglieder als gesetzliche
 Interessenvertretung.
 Blattlinie: Die Kommentare
 Wirtschaftspolitik informieren
 regelmäßig über aktuelle
 wirtschaftspolitische
 Themenstellungen.
 Chefredaktion:
 Dr. Christoph Schneider
 Druck: Eigenvervielfältigung
 Erscheinungsort Wien
 Offenlegung: wko.at/offenlegung